

17. Wahlperiode

Der Vorsitzende  
des Ausschusses für  
Gesundheit und Soziales

einstimmig – mit SPD und CDU bei Enthaltung GRÜNE, LINKE und PIRATEN
--

<b>An Haupt</b>
-----------------

## Beschlussempfehlung

des Ausschusses für  
Gesundheit und Soziales  
vom 17. November 2014

zum

Antrag der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen und der Piratenfraktion  
Drucksache 17/1850  
**Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 17/1850 – wird unter Abänderung der Überschrift in  
„Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Berlin“ in folgen-  
der Fassung angenommen:

Der Senat wird aufgefordert, seine konkreten Aktivitäten für eine menschenwürdige Unter-  
bringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden dahingehend fortzuentwickeln, dass in den  
Segmenten der Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften gemäß der zahl-  
lenmäßigen Nachfrage jeweils ausreichend Plätze zur Unterbringung zur Verfügung gestellt  
werden können, die den Qualitätsanforderungen entsprechen. Eine Notunterbringung sollte  
nur dann in Anspruch genommen werden müssen, wenn es zu erheblichen, kurzfristigen Zu-  
gängen kommt, die die vorausschauende Planung übertreffen.

Um den derzeit kurzfristig massiv steigenden Zugangszahlen im Bereich der Asylbegehren-  
den gerecht werden zu können, werden die Aktivitäten des Senats zur Schaffung von standar-  
disierten Wohnappartements nachhaltig unterstützt. Hierbei sind die Bezirke aktiv einzubin-  
den.

Zugleich wird der Senat aufgefordert, sich auch weiterhin für die mittelfristige Ertüchtigung von leerstehenden Gebäuden zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern einzusetzen.

Ebenfalls wird der Senat ersucht, die zunehmend erfolgreiche Zusammenarbeit von LaGeSo und Städtischen Wohnungsgesellschaften zur Überlassung von Wohnungen an Flüchtlinge und Asylbegehrende weiter zu intensivieren.

Ferner soll der Senat gemeinsam mit allen Verantwortlichen, speziell aber den Bezirken, die Kinderbetreuung und -beschulung sicherstellen und dafür die notwendige finanzielle Ausstattung absichern.

Der Senat wird gebeten, in Koordination von unterschiedlichen Angeboten aus der Bürgerschaft, von sozialen Trägern und durch die Bezirke die Teilnahme der länger in Berlin verbleibenden Flüchtlinge und Asylbegehrenden am gesellschaftlichen Leben zu fördern.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.03.2015 zu berichten.

Berlin, den 19. November 2014

Der Vorsitzende  
des Ausschusses für  
Gesundheit und Soziales

Dr. Wolfgang Albers

Einstimmig mit SPD und CDU bei Enthaltung GRÜNE, LINKE und PIRATEN
--

<b>An Plen</b>
----------------

**Hierzu:  
Beschlussempfehlung**

des Hauptausschusses  
vom 26. November 2014

zum

Antrag der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen und der Piratenfraktion  
Drucksache 17/1850  
**Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 17/1850 – wird gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 17. November 2014 angenommen.

Berlin, den 26. November 2014

Der Vorsitzende des Hauptausschusses

Frédéric Verrycken